

Dieter Liebig

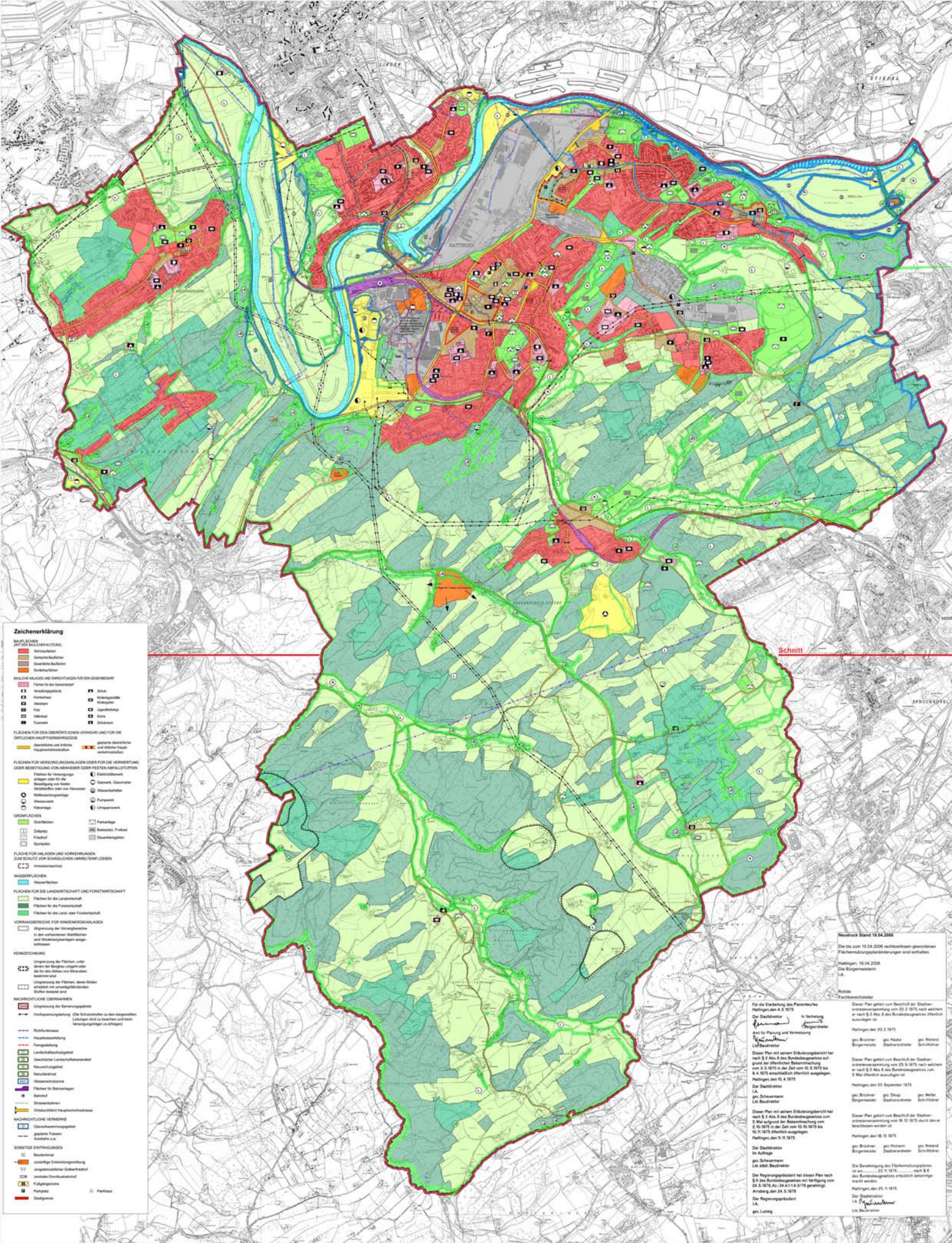
Das Ende der Hattinger Stahlzeit – und dann ?

Vortrag im Industriemuseum Hattingen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe
am 26. Oktober 2007

Meine Damen und Herren,

Um die Ereignisse des Jahres 1987 richtig verstehen zu können, muss man sich darüber klar sein, welche Bedeutung die Henrichshütte über 130 Jahre lang für die Stadt Hattingen hatte. Dies und die wesentlichen Fakten des Jahres 1987 werde ich kurz darstellen und aufzeigen, wie die Stadt auf die Herausforderung – das Ende der Stahlzeit – reagiert und schließlich die Strukturkrise der Stahlindustrie bewältigt hat.

Die im Jahre 1854 durch Graf **Henrich** zu Stolberg-Wernigerode gegründete **Henrichshütte** brachte die Schwerindustrie in das Ruhrtal bei Hattingen. Zum überwiegenden Teil auf dem Gebiet der ehemals selbständigen Gemeinde Welper gelegen, hat die „Hütte“ die wirtschaftliche Struktur Welpers und Hattingens nachhaltig beeinflusst. Bereits 1910 belief sich die Belegschaft auf ca. 6.000 Mitarbeiter. Nach einer Reduzierung infolge der Wirtschaftskrise in den 30-er Jahren stieg sie kriegsbedingt auf 12.000 an. Nach dem Krieg konnte eine Demontage verhindert werden. Die beschädigten Anlagen wurden modernisiert, und die Stahlproduktion erforderte weitere Flächen, die nur durch eine Verlegung der Ruhr im Jahre 1959 zur Verfügung gestellt werden konnten. 1960 stellte die Henrichshütte auf einer **Fläche von ca. 160 ha** für Hattingen und die Region etwa **10.000 Arbeitsplätze** bereit. So entwickelte sich durch die Hütte eine wirtschaftlich blühende Monostruktur, neben der keine anders orientierten Gewerbezweige in nennenswertem Umfang angesiedelt werden konnten, weil es an Arbeitskräften und insbesondere an Flächen fehlte. Das wird durch den für die neue Stadt Hattingen erstellten Flächennutzungsplan deutlich, in dem die Industrie- und Gewerbeflächen grau dargestellt sind.



- Zeichenerklärung**
- BALFÄCHEN (NACH NUTZUNG)**
 - Industrie
 - Gemischte Ballflächen
 - Öffentliche Ballflächen
 - Gewerbliche Ballflächen
 - BILDLICHE ANLAGEN UND ERFORDERUNGEN FÜR DEN BESCHUTZ**
 - Flächen für den Landschaftsschutz
 - Naturdenkmale
 - Naturschutzgebiete
 - Nationalpark
 - Naturdenkmale
 - Nationalpark
 - Nationalpark
 - FLÄCHEN FÜR DEN SONDERSTÄNDIGEN VERKEHR UND FÜR DIE ÖFFENTLICHEN HAUPTVERKEHRSLINIE**
 - Besondere und örtliche Hauptverkehrsstraßen
 - Nationale, internationale und örtliche Hauptverkehrsstraßen
 - Schienen
 - Verkehrslandeplätze
 - Luftlandeplätze
 - Luftlandeplätze
 - Luftlandeplätze
 - FLÄCHEN FÜR VERSORGSANLAGEN GEMÜß FÜR DIE VERWERTUNG ODER BEWERTUNG VON ABFÄLLEN ODER FESTE ANWELDTOFFEN**
 - Flächen für Entsorgung
 - Elektroabfälle
 - Giftige Abfälle
 - Giftige Abfälle
 - Giftige Abfälle
 - Giftige Abfälle
 - GRÜNLÄNDEN**
 - Grünflächen
 - Grünflächen
 - Grünflächen
 - Grünflächen
 - Parks
 - Parks
 - Parks
 - FLÄCHE FÜR ANLAGEN UND VORBEREITUNGEN ZUM SCHUTZ VON SCHULISCHEN UNTERSICHTSPLÄTZEN**
 - Schutzzonen
 - WASSERFLÄCHEN**
 - Wasserflächen
 - FLÄCHEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT UND FORSTWIRTSCHAFT**
 - Flächen für die Landwirtschaft
 - Flächen für die Forstwirtschaft
 - Flächen für die Land- oder Forstwirtschaft
 - VORANKERBUNGSRÄUME FÜR WINDENERGIEANLAGEN**
 - Abgrenzung der Vorkerbungsflächen
 - Abgrenzung der Vorkerbungsflächen
 - Abgrenzung der Vorkerbungsflächen
 - KENNZEICHEN**
 - Umgrenzung der Flächen, über denen der Bergbau erfolgt oder beabsichtigt ist
 - Umgrenzung der Flächen, über denen der Bergbau erfolgt oder beabsichtigt ist
 - Umgrenzung der Flächen, über denen der Bergbau erfolgt oder beabsichtigt ist
 - NACHRICHTLICHE ÜBERNAMMEN**
 - Umgrenzung der Battersungsbereiche
 - Umgrenzung der Battersungsbereiche
 - Umgrenzung der Battersungsbereiche
 - NACHRICHTLICHE VERBÄNDER**
 - Umgrenzung der Battersungsbereiche
 - Umgrenzung der Battersungsbereiche
 - Umgrenzung der Battersungsbereiche
 - SONSTIGE ERMÄHNERUNGEN**
 - Umgrenzung der Battersungsbereiche
 - Umgrenzung der Battersungsbereiche
 - Umgrenzung der Battersungsbereiche

Schnitt

Neudruck Stand 18.04.2006

Die bis zum 15.04.2006 vollwirksam gewordenen Flächennutzungsänderungen vom 20.2.1975 nach Artikel 9 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 des Bundesgesetzes vom 2. März 1975 (BBl. I S. 1975) sind in diesem Plan nicht mehr berücksichtigt.

Die Bürgermeisterin
 Hattingen, 18.04.2006
 Uta
 Bürgermeisterin

Die bis zum 15.04.2006 vollwirksam gewordenen Flächennutzungsänderungen vom 20.2.1975 nach Artikel 9 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 des Bundesgesetzes vom 2. März 1975 (BBl. I S. 1975) sind in diesem Plan nicht mehr berücksichtigt.

Die Bürgermeisterin
 Hattingen, 18.04.2006
 Uta
 Bürgermeisterin

Die bis zum 15.04.2006 vollwirksam gewordenen Flächennutzungsänderungen vom 20.2.1975 nach Artikel 9 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 des Bundesgesetzes vom 2. März 1975 (BBl. I S. 1975) sind in diesem Plan nicht mehr berücksichtigt.

Die Bürgermeisterin
 Hattingen, 18.04.2006
 Uta
 Bürgermeisterin

Die bis zum 15.04.2006 vollwirksam gewordenen Flächennutzungsänderungen vom 20.2.1975 nach Artikel 9 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 des Bundesgesetzes vom 2. März 1975 (BBl. I S. 1975) sind in diesem Plan nicht mehr berücksichtigt.

Die Bürgermeisterin
 Hattingen, 18.04.2006
 Uta
 Bürgermeisterin

Die bis zum 15.04.2006 vollwirksam gewordenen Flächennutzungsänderungen vom 20.2.1975 nach Artikel 9 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 des Bundesgesetzes vom 2. März 1975 (BBl. I S. 1975) sind in diesem Plan nicht mehr berücksichtigt.

Die Bürgermeisterin
 Hattingen, 18.04.2006
 Uta
 Bürgermeisterin

Die alte, lediglich 1.186 ha große Stadt Hattingen verfügte außer einem Teil des Henrichshüttengeländes nur über das Gewerbegebiet Beul I, Orenstein & Koppel und Köppern, insgesamt eine Gewerbefläche von ca. 35 ha. Erst durch die kommunale Neuordnung im Jahre 1970 wurde die Ausweisung neuer Gewerbegebiete für mittelständische Unternehmen möglich. In dem 22 ha großen neuen Gewerbegebiet Ludwigstal I in Holthausen konnte Ende der 70-er Jahre eine Vielzahl von Betrieben untergebracht werden, die in Gemengelage im Innenstadtbereich keine Chancen zur Vergrößerung und Weiterentwicklung hatten. Seit Mitte der 80-er Jahre arbeiten hier etwa 60 kleinere Betriebe mit fast 1.000 Beschäftigten. Durch die Neuansiedlung dieser Betriebe war allerdings der Arbeitsplatzverlust nicht wettzumachen, der sich durch die Strukturprobleme in der Stahlindustrie ergab.

Aus der nachfolgenden Übersicht wird deutlich, wie sich die Belegschaft der Henrichshütte in der Zeit von 1975 bis 1986 entwickelte und in welchem Maße Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Hattingen davon bestimmt wurde.

Übersicht: Beschäftigte und Arbeitslose in Hattingen					
Jahr	Belegschaft		Arbeitslose		NW
	Henrichshütte	Soz.vers.pfl.Beschäftigte in Hattingen	Hattingen		
1975	8.625	19.664		3,3%	4,8%
1980	7.061	18.059	1.087	5,2%	4,6%
1983	6.647	16.345	2.567	12,3%	10,6%
1984	5.755	15.333	2.744	13,3%	10,7%
1985	5.493	15.215	2.860	14,2%	11,0%
1986	5.188	15.127	2.857	14,2%	10,7%

Als die Henrichshütte 1974 von Rhestahl auf Thyssen überging, hatte die neue Betriebsführungsgesellschaft „Thyssen Henrichshütte AG“ noch 8.806 Beschäftigte. Der danach einsetzende Produktionsrückgang und die zunehmende Rationalisierung der Arbeitsvorgänge führten zu einem Arbeitsplatzabbau, der sich „schleichend“ vollzog, d.h. ohne betriebsbedingte Kündigungen und unter Nutzung großzügiger Frühverrentungsregelungen. Ende 1986 waren auf der Hütte noch 4.777 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, dazu kamen noch 411 Auszubildende, insgesamt also 5.188 Personen.

Die Pläne der Thyssen-Stahl AG, die Hochöfen auf der Henrichshütte nicht mehr neu zuzustellen, führten Ende 1986 bereits zu Befürchtungen beim Betriebsrat und bei der IG Metall. Anlässlich des bundesweiten Stahlaktionstages der IG Metall am **16. Januar 1987** riefen sie zu einem Demonstrationzug auf, der von der Hütte bis zum Untermarkt führte. Vor 8.000 Demonstranten erklärte unser damaliger Bürgermeister, der leider im vergangenen Jahr zu früh verstorbene **Günter Wüllner**: „**Es geht nicht nur um die Hütte, es geht um die Existenzgrundlage unserer Stadt**“.

Und in der Tat traf die Ankündigung des Thyssen-Vorstandes vom **19. Februar 1987**, dass die beiden Hochöfen, die 4,2 m Grobblechstraße, das Elektrostahlwerk und die Stranggießanlage stillgelegt werden sollen, den Lebensnerv der Stadt. Denn damit sollten kurzfristig ohne soziale Abfederung 2.900 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren und außerdem sollte noch die Ausbildung in der Lehrwerkstatt eingestellt werden.

Wurde der **Konkurs bei Mönninghoff**, der bereits 1984 zu schmerzhaften Arbeitsplatzverlusten geführt hatte, letztlich noch einigermaßen sozialverträglich abgewickelt, so drohten jetzt erstmals in der Stahlindustrie Massenentlassungen. Bei einer Arbeitslosenquote von rd. 15 % und ca. 3.000 Arbeitslosen Anfang 1987 zeichnete sich das Schreckgespenst einer sterbenden Stadt ab, weil die konkrete Befürchtung bestand, dass sich die Arbeitslosenquote verdoppeln könnte, wenn tatsächlich 2.900 Beschäftigte kurzfristig in die Arbeitslosigkeit entlassen würden.

Ein Aufschrei der Entrüstung, ausgehend vom Betriebsrat und der IG Metall, erfasste die gesamte Stadt. Über 150 Vertreter aus Vereinen, Verbänden, Parteien, Kirchen sowie Belegschaftsmitglieder der Hütte gründeten am 25. Februar 1987 das **Bürgerkomitee „Hattingen muss leben – verteidigt die Arbeitsplätze auf der Hütte“**. Zu gleichberechtigten **Sprechern** wurden gewählt: **Bgm Günter Wüllner, Pfarrer Klaus Sombrowsky und IG Metall-Sekretär Hartmut Schulz**.

Ziel des Komitees war die Mobilisierung der gesamten Bevölkerung Hattingens, was auch in ganz ungewöhnlichem Ausmaß gelang. Der geballte Widerstand fand seinen Ausdruck in Massendemonstrationen, die größte in der Geschichte der Stadt am 18. März 1987 endete auf dem Rathausplatz, wo trotz Kälte und Regen über 30.000 Menschen ihren Protest zum Ausdruck brachten. Über das gesamte Jahr hinweg gab es Streiks und Protestaktionen – nicht nur in Hattingen, z.B. ein Autokorso nach Bonn und ein Protestzug in Düsseldorf -, es gab Mahnwachen, Solidaritätsaktionen von Hattinger- und auswärtigen Gruppen, besonders beeindruckend eine Menschenkette, mit der über eine 4,6 km lange Strecke 5.000 Menschen unsere Hütte umringten und schützten.

Der geballte Widerstand der gesamten Stadt konnte den endgültigen Verlust von 2.700 Arbeitsplätzen nicht verhindern. Er hatte aber wenigstens insofern Erfolg, als es entgegen den Ankündigungen von Thyssen mit Hilfe von Land, Bund und Europäischer Gemeinschaft zu sozialverträglichen Lösungen für die Beschäftigten kam. Alle betroffenen Belegschaftsmitglieder konnten ab dem 53. Lebensjahr in den Sozialplan gehen, einigen wurden Arbeitsplätze in anderen Werken von Thyssen wie in Duisburg, Witten, Krefeld angeboten. Die Hoffnung, dass bei den von Klöckner, Krupp und Thyssen neu gegründeten Vereinigten Schmiedewerken (VSG) 2.000 Mitarbeiter einen gesicherten Arbeitsplatz erhalten könnten, hat sich nicht erfüllt. Vielmehr fiel – wie wir alle wissen – nach weiterem Arbeitsplatzabbau im Jahre 1995 auch die VSG in Konkurs.

Für die Stadt stellte sich die Frage, wie man auf den „**Schicksalsschlag**“ reagieren sollte. Alle Proteste gegen den Abbau der Stahlarbeitsplätze hatten nichts genutzt, die immer wieder von der Stadtverordnetenversammlung gegenüber dem Thyssen-Konzern erhobene Forderung, **Ersatzarbeitsplätze** zu schaffen, trug keine Früchte. Offenbar gab es bei Thyssen außer dem Rezept Arbeitsplatzabbau zur Konsolidierung von Restaktivitäten keine Ideen und wirtschaftlich tragfähigen Konzepte für neue Produkte und Entwicklungen.

Um den von Entlassung Bedrohten und vor allem den jüngeren Beschäftigten und den Auszubildenden neue Beschäftigungschancen zu eröffnen, mussten die Bemühungen um die Ansiedlung neuer, kleinerer Gewerbebetriebe verstärkt werden. Der bewusste Verzicht auf weitere industrielle und gewerbliche Arbeitsplätze mit der Perspektive, Hattingen zu einer „sauberen“ Wohnstadt im Grünen zu entwickeln, war keine ernsthafte Alternative. Dem stand schon entgegen, dass die Betriebsflächen der Hütte nicht sofort für anderweitige Nutzungen zur Verfügung standen. Vor allem aber bestand immer noch die begründete Hoffnung, dass durch die neu gegründete VSG noch auf längere Zeit Arbeitsplätze der Stahlindustrie gesichert werden könnten. Die große Mehrheit der Hattinger Bevölkerung hätte eine abrupte Abkehr von der industriellen Tradition Hattingens nicht verstanden.

In einem Vermerk vom 31.3.1987 zeigte der damalige **Stadtdirektor Hans-Jürgen Augstein** nach einer Analyse der Situation folgende einzig realistische **Handlungsalternative** auf: „So kann die Stadt zur Zeit nicht mehr tun, als ihre bisherige Politik fortzusetzen, nämlich möglichst andere **Standbeine** weiterzuentwickeln, wenn auch damit kein Gegengewicht zu dem geplanten drastischen Arbeitsplatzabbau auf der Hütte erreicht werden kann.“

In dem dargestellten Schaubild steht im Mittelpunkt: **HATTINGEN-MITTELZENTRUM IM GRÜNEN-MODERN MIT ALTEM KERN.**



Standbeine, die es weiterzuentwickeln gilt, sind:

- Wirtschaftsstandort mit Tradition
- Lebenswerte Wohnstadt
- Historische Altstadt
- Attraktives Einkaufszentrum
- Stadt im Grünen

Als neues weiteres Standbein sollte entwickelt werden : Neues Umweltzentrum.

Schnell wurde klar, dass die Stadt dazu umfangreiche Hilfe des Landes benötigte. Sicher gefördert durch die großen Protestaktionen, die landesweit und darüber hinaus bis ins Ausland in den Medien große Beachtung fanden, schenkte die Landesregierung unter der Leitung von Johannes Rau Hattingen große Beachtung. Es war **Johannes Rau** persönlich, der in Hattingen die Erhaltung der Ausbildungskapazitäten der Henrichshütte zusicherte, das war ein ganz wichtiges Zeichen der Hoffnung. Und die Landesregierung beließ es nicht bei Versprechungen, sie hielt Wort. Im Rahmen des Sonderprogramms „**Zukunftsinitiative Montanregionen**“ (ZIM) konnte die Stadt innerhalb der Arbeitsmarktregion Bochum ein eigenes „**Aktionsprogramm Hattingen**“ entwickeln. Entsprechend den Vorgaben der Landesregierung wurden die von der Verwaltung erarbeiteten Vorschläge für das Aktionsprogramm im sog. „**Wirtschaftsbeirat**“ erörtert, der erstmals am 25.8.1987 aus Anlass eines Besuchs von Wirtschaftsminister Prof. Reimut Jochimsen in Hattingen zusammentrat. In diesem Gremium waren vertreten die Ratsfraktionen, die IHK Bochum, das Arbeitsamt, die Handwerkskammer Dortmund, der Ennepe-Ruhr-Kreis, der Ruhrverband, Vorstand und Betriebsrat der Thyssen-Henrichshütte, Vertreter der Kirchen und Gewerkschaften. Das am 22.10.1987 von der Stadtverordnetenversammlung gebilligte Aktionsprogramm umfasste 10 Punkte mit 14 Einzelmaßnahmen, die bereits im Jahre 1988 nahezu vollständig gefördert wurden.

Aktionsprogramm Hattingen

Die wichtigsten aus ZIM geförderten Maßnahmen

-Bau eines Abwasserstollens durch den Ruhrverband zur Sicherstellung der Entwässerung neuer Gewerbe- und Wohngebiete in Holthausen (30 Mio DM) sowie die Modernisierung der Kläranlage Hattingen des Ruhrverbandes (70 Mio DM)

-Erwerb, Aufbereitung und Erschließung des frei gewordenen Geländes der Henrichshütte durch die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) als Treuhänder des Landes (32 Mio DM)

-Erhaltung der Lehrwerkstatt der Henrichshütte durch Förderung von überbetrieblichen Ausbildungsplätzen. Träger der Ausbildungsstätte wurde die am 21.7.1988 gegründete

Vereinigte Schmiedewerke Bildungswerk Hattingen GmbH mit den Gesellschaftern VSG, Hans-Böckler-Stiftung und Stadt Hattingen.

-Beratungshilfe für die Wirtschaftsförderung, insbes. zur Untersuchung der Chancen und Möglichkeiten, Hattingen zu einem Umweltzentrum zu entwickeln, sowie Mittel für eine Imagekampagne zugunsten des Wirtschaftsstandorts Hattingen (3,2 Mio DM)

-Projekte zur Verbesserung der Beschäftigungschancen für Frauen, und zwar die Kontakt- und Beratungsstelle „Frau und Beruf“ und das Modellprojekt „Neue Technologien von Frauen für Frauen“ (insges. 1,7 Mio DM)

Insgesamt flossen **innerhalb von 10 Jahren Fördermittel in Höhe von etwa 250 Mio DM** nach Hattingen. Dadurch wurde die Infrastruktur wesentlich und nachhaltig verbessert.

Diese Maßnahmen und die gute konjunkturelle Entwicklung in den Jahren 1988 bis 1992 führten zu einer **Aufbruchstimmung**, die vor allem durch die relativ schnelle Vermarktung freierwerdender Flächen der Henrichshütte begünstigt wurde. Die Bemühungen der städtischen Wirtschaftsförderung wurden auch dadurch unterstützt, dass Hattingen seit dem 1.1.1988 übergeordneter Schwerpunkort nach dem von Bund und Land finanzierten **Sonderprogramm Montanregionen** wurde. Dadurch konnten erstmals Betriebsneuan siedlungen mit **Zuschüssen bis zu 18 %** der Investitionskosten (= höchste Förderquote in NRW) gefördert werden. Nach Auslaufen dieses Sonderprogramms zum 31.12.1991 wurde Hattingen mit dem gesamten IHK-Bereich Bochum in das Regionalförderprogramm „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ aufgenommen, wonach Investitionszuschüsse bis zu **15 %** möglich waren.

Die recht **stürmische Aufwärtsentwicklung** wird durch folgende Fakten belegt:

- Die betrieblichen Nebenflächen der Hütte am Büchenschütz (108.000 qm), die als Parkplatz für die Mitarbeiter dienten bzw. brach lagen, konnten bereits 1988/89 vermarktet werden. Die Thyssen AG als Eigentümerin war bereit, die Flächen kurzfristig zu angemessenen Bedingungen an Interessenten zu veräußern, die von der Stadt benannt wurden. Heute sind dort ca. 25 Betriebe mit 400 Arbeitsplätzen.
- Die Fa. Air Products baute oberhalb des bestehenden Betriebsgeländes An der Kost ein neues Verwaltungsgebäude und verlagerte im November 1989 ihre Hauptverwaltung von Düsseldorf nach Hattingen.
- Durch Landesgesetz vom 8.6.1988 wurde der Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverband (AAV) gegründet, der kraft Gesetzes seinen Sitz in Hattingen erhielt. Die Landesregierung und der Landtag wollten damit bewusst ein Zeichen zugunsten Hattingens setzen. Der neu geschaffene, landesweit tätige AAV soll Aktivitäten auf dem Gebiet der Altlastensanierung und der Entsorgung von Sondermüll anregen und selbst entwickeln. Für Hattingen verknüpfte sich damit die Hoffnung, dass er zur Keimzelle für neue Unternehmen im Bereich der Umwelttechnologie werden könnte.

- Die Firma Turbon/Carbotex, Hersteller von Kassetten und Farbbändern für Schreibsysteme, erwarb bereits 1988 eine Fläche von 72.000 qm aus dem Hüttengelände und verlagerte im Laufe des Jahres 1989 Betriebsaktivitäten von Wuppertal nach Hattingen. Damit entstand der erste neue Betrieb auf dem ehemaligen Hüttengelände mit etwa 300 Beschäftigten, überwiegend Frauen.
- Kurz danach folgten zwei weitere Neuansiedlungen auf der ehemaligen Betriebsfläche von 63 ha, die die LEG zum 1.1.1989 mit Landesmitteln aus dem ZIM-Förderprogramm von Thyssen erwerben konnte. Die Sohni-Wicke GmbH errichtete Mitte 1990 ein Betriebsgebäude für die Produktion von pyrotechnischen Erzeugnissen und schuf damit 120 neue Arbeitsplätze. Die traditionsreiche Wuppertaler Firma Quante begann im Frühjahr 1991 mit dem Aufbau eines neuen Werkes für Fertigung im Bereich Fernmeldetechnik.

Als die Stadt bei der Landesregierung den Ankauf, die Aufbereitung und Erschließung der von der VSG nicht mehr benötigten Betriebsflächen der Henrichshütte durch den Grundstücksfonds Ruhr beantragte, bestanden noch keine genauen Vorstellungen über die zukünftige Nutzung der Flächen. Es ging uns in erster Linie darum, die Entstehung einer über Jahre hinweg ungenutzten Industriebrache zu verhindern. In mehreren Gesprächen mit dem Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr wurde Ende 1988 Einvernehmen darüber erzielt, einen **Gewerbe- und Landschaftspark nach dem Modell „Arbeiten im Park“** zu entwickeln.

Die Idee und die Gestaltungsprinzipien für diese neuartigen Gewerbeparks wurden von Minister Christoph Zöpel und seinem engsten Mitarbeiter Prof. Ganser entwickelt. Die neuen Gewerbeparks sollten in ein Gestaltungskonzept eingebettet werden, das ökologischen, arbeitsplatz- und freizeitinfrastrukturellen sowie stadtgestalterischen Ansprüchen gleichermaßen gerecht wird. Die hohen Anforderungen an die ökologische Qualität, eine intelligente Infrastruktur und die städtebauliche Gestaltung sollten durch verschiedene Gestaltungsmaßnahmen erfüllt werden, zum Beispiel:

- Der Anteil überbauter und versiegelter Flächen ist so gering wie möglich zu halten.
- Erschließungssysteme sind flächensparend zu dimensionieren.
- Die Anlagen für den ruhenden Verkehr sollen konzentriert und naturnah gestaltet werden.
- Öffentliche und private unbebaute Flächen werden in einem gemeinsamen, naturnahen Gestaltungs- und Bewirtschaftungssystem zusammengeführt.

Die alte Industriefläche der Henrichshütte bot besonders günstige Voraussetzungen für diese neue Art von Gewerbegebiet im Hinblick auf ihre unmittelbare Nähe zur Flusslandschaft Ruhr und wegen ihrer direkten Anbindung an die Innenstadt Hattingens mit Fußgängerzone und denkmalgeschützter Altstadt. Hier ergab sich die Chance, Teile der früheren Ruhrauenlandschaft wiederherzustellen und damit der Natur etwas von dem zurückzugeben, das ihr durch die Schwerindustrie seit 1854 genommen wurde. Durch die Verbindung von Freizeit und Erholung mit Arbeit in modernen Gewerbebetrieben, die sich in die Landschaft einpassen, soll ein Gewerbegebiet entstehen, das auch überörtlich bei Unternehmern als „gute Adresse“ gilt, in dem die Arbeitnehmer ein angenehmes Umfeld vorfinden und das von der Bevölkerung auch zur Freizeitgestaltung angenommen wird.

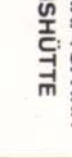
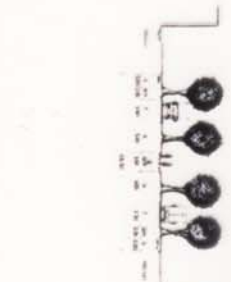
Zunächst war daran gedacht, **Landschaftsplaner in einem internationalen Wettbewerb** zu Vorschlägen für die Gestaltung des Gewerbe- und Landschaftsparks aufzurufen. Auf diese Anforderung, die ursprünglich zu den Förderungsbedingungen gehörte, wurde jedoch verzichtet, weil die Strukturen des neuen Gewerbe- und Landschaftsparks bereits weitgehend vorgezeichnet waren und kurzfristig über die Ansiedlung von Turbon, Sohni-Wicke und Quante entschieden werden musste. Stadt und LEG verständigten sich deshalb mit dem Ministerium darauf, so schnell wie möglich eigenständig ein Nutzungskonzept für den Gewerbe- und Landschaftspark Henrichshütte zu entwickeln.

Dieses **Nutzungskonzept** fand im **Mai 1989** die Billigung der Ratsgremien.



**GEWERBE- UND
LANDSCHAFTSPARK
HENRICHSHÜTTE**

LEG



Im Nutzungskonzept sind folgende **städtebauliche Anforderungen** festgeschrieben:

- Verbindung von Gewerbe und Landschaft / Versuch der Wiederherstellung einer Flusslandschaft
- Durchlässigkeit des Gewerbeparks von der Altstadt zur Ruhr, keine neue Barriere durch kompaktes herkömmliches Gewerbegebiet / Verknüpfung von Stadt und Naturraum
- Schaffung von modernen Arbeitsplätzen durch Angebot von sozialen Dienstleistungen, Freiflächen, Erholungs- und Freizeiteinrichtungen
- Schaffung eines öffentlichen Parks, in dem neben Arbeitsplätzen neue Natur- und Freiräume in der Ruhraue für die Bevölkerung angeboten werden
- Integrierung von denkmalgeschützter alter Bausubstanz als Zeugnisse der Vergangenheit: Birschels Mühle, Haus Weile, Ruine Cliff, Industriemuseum Henrichshütte

Als **Gestaltungsprinzipien** werden benannt:

- begrünte, als repräsentative Alleen gestaltete Straßenräume
- gestaltete Vorzonen
- Verwaltungsgebäude, die ihre „Schokoladenseite“ dem öffentlichen Raum zuwenden
- die Reduzierung von versiegelten Flächen auf das Minimum
- zwischen den Grundstücken begrünte Flächen als „Pausengrün“
- die Unterbringung nur der notwendigen Besucherstellplätze auf dem Firmengrundstück selbst, und zwar als begrünte Stellplätze, im übrigen zentrale Parkanlage
- gut gegliederte und im Detail sorgfältig ausgebildete Architektur der Industrie- und Verwaltungsgebäude

An dem Plan kann man erkennen, dass die städtebaulichen Anforderungen und die Gestaltungsprinzipien weitgehend berücksichtigt wurden. Auf der Walzwerksfläche ist ein zentrales Parkhaus vorgesehen, heute ist dort der zentrale Parkplatz, insbesondere auch für das Industriemuseum. Weiter ist auf dieser Fläche auch noch die sog. Bodenwaschanlage ausgewiesen, ein umstrittenes Projekt, das von den Initiatoren erst 1994 aufgegeben wurde.

Das Nutzungskonzept wurde verfeinert und ergänzt in den Jahren 1990/91 durch den **Rahmenplan, den Grünordnungsplan und die Ergebnisse der Bodenuntersuchungen.**

Nach Fertigstellung des neuen Betriebsgebäudes der Fa. Quante ließen sich weitere Neuansiedlungen im Gewerbe- und Landschaftspark zunächst nicht realisieren. Der wesentliche Grund dafür lag in der rückläufigen konjunkturellen Entwicklung, die 1992 einsetzte. Die dadurch eintretende „Pause“ bei der Vermarktung wurde dazu genutzt, die Infrastruktur für das neue Gewerbegebiet weiter zu vervollständigen und die Landschaftsbauwerke fertigzustellen.

Ende des Jahres 1992 zeichnete sich ein weiterer Arbeitsplatzabbau bei der VSG ab.

Nachdem **Ende Mai 1993 das Stahlwerk stillgelegt** wurde, war Hattingen kein Stahlstandort mehr. Die Restaktivitäten der VSG fanden auf einer Fläche von 16 ha statt, Ende 1993 waren noch ca. 300 Personen dort beschäftigt.

Dankenswerterweise schenkte die Landesregierung Hattingen wiederum besondere Aufmerksamkeit. Das Wirtschaftsministerium bildete eine „**Arbeitsgruppe Hattingen**“, in der Vertreter der Ministerien mit den Verantwortlichen vor Ort (Stadt, Kreis, Kammern, Gewerkschaften, Arbeitsamt) Überlegungen anstellten, wie die Arbeitsplatzverluste durch neue Initiativen aufgefangen werden könnten.

Ein Schwerpunkt der Arbeitsgruppe war das Thema „Reaktivierung der freiwerdenden Industriefläche“. Die Teilnehmer der **Wirtschaftskonferenz in Hattingen am 6.7.1993** waren sich darüber einig, dass die Reaktivierung der Fläche unter Einbezug arbeitsmarktpolitischer Initiativen zu betreiben war. Bisher auf der Hütte Beschäftigte und Arbeitslose aus der Region sollten dabei die Chance erhalten, sich neue berufliche Perspektiven aufzubauen. Die Landesregierung stellte kurzfristig Mittel bereit, so dass die LEG im Auftrag des Grundstücksfonds NRW bereits am 30.8.1993 weitere **58 ha der von VSG nicht mehr benötigten Fläche** kaufen konnte.

Zur Aufbereitung der Fläche wurden bereits ab 1.9.1993 in einer kombinierten **Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahme** 100 Arbeitnehmer tätig, wobei es sich zu 1/3 um ehemalige VSG-Beschäftigte und zu 2/3 um Langzeitarbeitslose aus der Region handelte.

Das ganze war ein Pilotprojekt, das mit Mitteln der Arbeitsverwaltung, des Landes und der EG finanziert wurde. Mit der Durchführung der Demontage- und Abbrucharbeiten beauftragte die LEG eine Fachfirma und als Träger der ABM das Bildungswerk Hattingen. Für den Um- und **Ausbau des Bildungswerks zu einer regionalen Aus- und Weiterbildungsstätte** bewilligte das Land eine Förderung von 7 Mio DM.

In Abstimmung mit der Verwaltung entwickelte die LEG im Auftrag des Landes für die zugekaufte Fläche, den **Gewerbe- und Landschaftspark II**, ein erstes Planungskonzept, das am 9.6. 1994 vom Hauptausschuss einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen gebilligt wurde.



Dem Planungskonzept liegt die Idee zugrunde, das städtebauliche Konzept des GLP I auf der hinzugekommenen Fläche weiter zu entwickeln. Auch hier sollen Gewerbeflächen entstehen, die durch grüne Zäsuren strukturiert und gegliedert werden, die sowohl die Durchlässigkeit des Gewerbeparks von der Stadt zur Ruhr gewährleisten, als auch Qualitäten sichern und den Bereich für die Bevölkerung erschließen.

Allerdings konnten die Gestaltungsprinzipien des GLP I nur eingeschränkt im GLP II verwirklicht werden, weil einige Festpunkte zu berücksichtigen waren:

- die Schmiede und Bearbeitungswerkstätten der VSG (ca. 16 ha), die erst 1995 infolge des Konkurses der VSG von der LEG übernommen wurden,
- eine Adjustagehalle der Thyssen-Stahl AG,
- die Gebäude und das Grundstück des BWH
- die geplanten Anlagen der AGR (Kompostierwerk und Müllumladestation)

Trotz respektabler Ansiedlungserfolge konnten jedoch die Arbeitsplatzverluste im industriellen Bereich durch neue Betriebe nicht aufgefangen werden. Dies wird deutlich aus der **Übersicht „Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen in Hattingen“**, die ich bereits in einem Beitrag für das im Jahre 1997 erschienene Buch „Das Ende der Stahlzeit“ vorgelegt habe.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen in Hattingen*

Hattingen	I/1987	I/1990	I/1992	I/1993	I/1994	I/1995	I/1996	87/96
Insgesamt	14.908	13.640	13.921	13.749	13.373	13.197	13.207	- 1.701
- davon männlich	10.241	8.488	8.119	7.792	7.197	7.106	7.136	- 3.105
- davon weiblich	4.667	5.152	5.802	5.957	6.176	6.091	6.071	+ 1.404
Land/Forstwirtschaft	73	115	114	122	123	121	-	-
Energie/Wasser/Bergbau	136	112	112	108	102	88	-	-
Verarb. Gewerbe (Industrie)	8.677	6.517	6.129	5.726	4.666	4.321	4.159	- 4.518
davon:								
- Eisen-/Metallerzeugung	5.465	3.021	2.215	2.024	1.163	971	889	- 4.576
- Stahlverformung								
- Stahl-/Maschinenbau	2.160	2.187	2.252	2.148	2.111	1.998	1.839	- 321
- Elektrotechnik	293	382	584	585	482	460	390	+ 97
Baugewerbe	641	814	856	800	767	783	751	+ 110
Handel	1.751	2.038	2.291	2.309	2.370	2.265	2.295	+ 544
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	274	323	310	301	339	315	252	- 22
Kreditinstitute/Versicherung	281	270	273	279	288	289	286	+ 5
Dienstleistungen von Unternehmen u. freien Berufen	2.225	2.495	2.743	2.989	3.617	3.868	4.086	+ 1.861
davon:								
- Gesundheitswesen	899	908	1.011	1.231	1.615	1.772	1.864	+ 965
- Gaststätten	368	460	565	567	600	617	598	+ 230
- Beherbergung								
Organisationen ohne Erwerbscharakter, Private Haushalte	230	324	408	399	390	411	433	+ 203
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	620	632	685	716	711	736	732	+ 112

* Quelle: LDS und eigene Berechnung / - Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten

Ausgehend von einer Beschäftigtenzahl von knapp 15.000 im Jahre 1987 hat die Stadt in den 10 Jahren von 1987 bis 1996 rd. **4.500** Arbeitsplätze im Bereich des verarbeitenden Gewerbes (Industrie) verloren. Ein Zuwachs ergab sich vor allem im Handel (+ **544**) und bei den Dienstleistungen (+ **1861**), wobei insbesondere das Gesundheitswesen mit + **965** zu Buche schlägt. Hier wirkt sich der Arbeitsplatzzuwachs durch die REHA-Klinik Holthausen aus, die mit ihren rd. 400 Beschäftigten den wachsenden Stadtteil Holthausen belebt und aufwertet. Insgesamt ergibt sich für den Zeitraum von 1987 bis 1997 ein **Verlust von rd. 1.700 Arbeitsplätzen**.

Soweit ich weiß, hat sich diese Tendenz (der Rückgang der Beschäftigtenzahl absolut und vor allem im produzierenden Sektor) in den letzten Jahren – wenn auch erheblich abgeschwächt – fortgesetzt. Schließlich waren der Konkurs der VSG und des Bildungswerks sowie die Einstellung der Rolltreppenproduktion bei Kone zu verkraften.

Trotzdem lässt sich feststellen, dass Hattingen die Strukturkrise bei Stahl und Eisen gut überwunden hat.

Der Anteil der im Handel und im Dienstleistungsbereich Beschäftigten dürfte bei 2/3 liegen, ein Wert, der weit höher ist als der Durchschnitt des Ruhrgebiets. Die Zahl der Gewerbebetriebe wächst, weil seit Jahren die Zahl der Anmeldungen größer ist als die der Abmeldungen. Auch bei der **Arbeitslosenquote**, die im September 2007 **8,8 %** betrug (zum Vergleich dazu **1987 = 15,7 %**, **1997 = 13,6 %**), rangiert die Stadt bei den besten des Ruhrgebiets und sogar noch etwas unter dem Landesdurchschnitt.

Wer hätte das 1987 zu hoffen gewagt ?

Der Aderlass an eigenen Arbeitsplätzen hat zwar dazu geführt, dass noch mehr Hattinger zum Arbeiten auspendeln. Es hat sich aber gezeigt, dass nur ganz wenige wegen eines auswärtigen Arbeitsplatzes verzogen sind, und erfreulicherweise ist der Wohnstandort Hattingen mit seinen attraktiven Stadtteilen auch nach wie vor begehrt bei Zuzüglern, die in den benachbarten Großstädten Arbeit finden.

Meine Damen und Herren, heute , 20 Jahre danach, ziehe ich **das Resumé**:

- Es war richtig, den Abbau der Arbeitsplätze auf der Henrichshütte nicht widerstandslos hinzunehmen.
- Es war aber entscheidend, die Protestphase zu überwinden und den Strukturwandel bewusst voranzubringen.

Über einzelne Entscheidungen kann man streiten und im Nachhinein ist man immer klüger. Aber die Grundrichtung, mit der Politik und Verwaltung dem „Schicksalsschlag“ 1987 begegnet sind, war richtig. Vor allem wird es sich auszahlen, dass wir beharrlich darauf bestanden haben, dass das **gesamte Hüttengelände –einschließlich des Stahlwerks -** aufbereitet und zu einem **Gewerbe- und Landschaftspark** entwickelt wird.

Die **vorläufige Schlussbilanz** dieses Projektes kann sich gut sehen lassen :

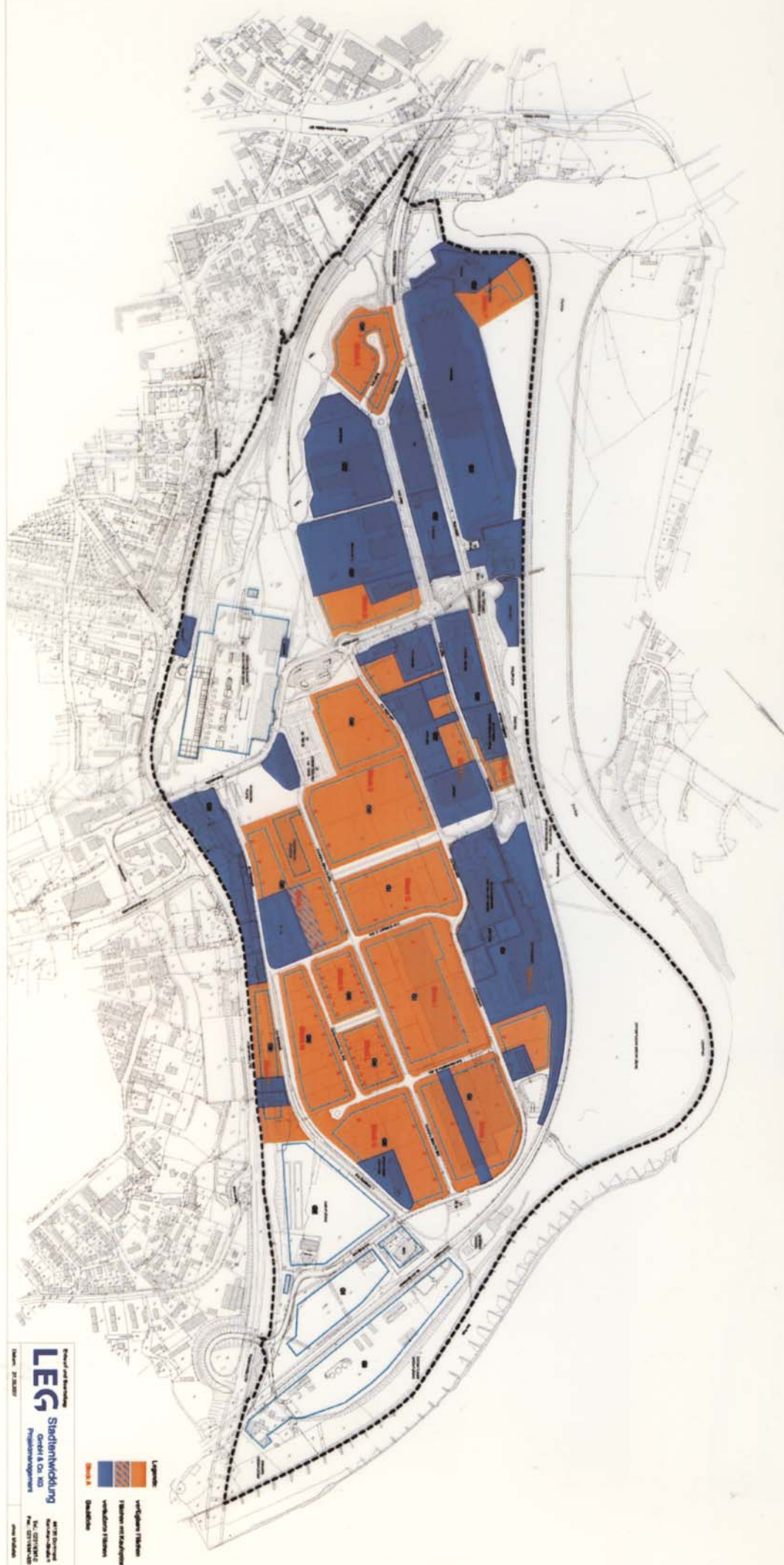
Die ca. 140 ha große Gesamtfläche erhält folgende Nutzungen :

Gewerbeflächen	80 ha
Grün-, Freizeit- und Erschließungsflächen	47 ha
Westfälisches Industriemuseum	13 ha

Bisher haben mehr als 70 Unternehmen auf dem Gelände der ehemaligen Henrichshütte ihren Sitz gefunden und dort mehr als 1.300 Arbeitsplätze geschaffen. Auf dem ehemaligen Werksparkplatz, dem heutigen Gewerbegebiet Büchenschütz, stellen 25 Unternehmen 400 Arbeitsplätze zur Verfügung. Das dort gelegene Technologie- und Gründerzentrum ZEK ist Standort von 37 zumeist kleineren innovativen Unternehmen mit insgesamt über 140 Mitarbeitern. Im Gebiet der ehemaligen Henrichshütte sind demnach annähernd **2.000 Arbeitsplätze** entstanden, und zwar ausschließlich durch **private Investitionen**, die insgesamt **mehr als 50 Mio €** betragen.

Auf der Grundlage des neuesten Entwicklungskonzeptes hat das Wirtschaftsförderungsamt in einem Übersichtsplan dargestellt, welche Flächen bereits veräußert sind und welche Bereiche noch verfügbar sind.

Gewerbe- und Landschaftspark Hattingen Henrichshütte - Entwicklungskonzept -



- Legende**
- verfügbare Flächen
 - Flächen mit Entwicklungsvoraussetzungen
 - Bestandsflächen

LEG Stadtentwicklung GmbH & Co. KG
 Projektmanagement
 am 20.09.2010
 Prof. Dr. Grottel

Es wird daraus deutlich, dass die Flächen des GLP I bereits größtenteils veräußert sind. Die jetzt noch verfügbaren Flächen konnten lange Zeit nicht vermarktet werden, weil Unsicherheit über das Schicksal der VSG bestand und weil sich der Abbruch des Stahlwerks wegen dessen Denkmaleigenschaft lange Zeit hinzog. Erst jetzt wird die Erschließung der Flächen des GLP II vollendet, wobei insbesondere auch die Voraussetzungen für die Ansiedlung kleinerer Betriebe geschaffen werden.

Wenn man bedenkt, dass das die einzigen der Stadt zur Verfügung stehenden gewerblichen Flächen sind, wird einem schnell klar, wie wichtig und richtig die Entscheidung war, das gesamte ehemalige HÜTTENGELÄNDE zu einem GEWERBE- UND LANDSCHAFTSPARK zu entwickeln.

Das Industriemuseum des Landschaftsverbandes mit der großartig ausgebauten Gebläsehalle und die attraktiven Freizeiteinrichtungen haben darin eine wichtige Funktion, aber daneben gibt es auch die Chance auf Ansiedlung von Betrieben, wenn auch viel kleineren, als von manchem erwünscht. Ich bin voller Zuversicht, dass bei anhaltend guter Konjunktur weitere Ansiedlungserfolge zu verzeichnen sein werden, das ist einfach meine Erfahrung aus den Jahren von 1988 bis 1992.

Ich freue mich darüber, dass – wie kürzlich bekannt wurde – bis Mitte nächsten Jahres die Aufbereitung und Erschließung des gesamten ehemaligen Hüttengeländes vollendet sein wird. Wir müssen dankbar sein für **100 Mio € Fördergelder von EU, Bund und Land**, ohne die diese Herkules-Aufgabe nicht zu bewältigen gewesen wäre. Und wir können sicher sein, dass die **15 Mio €**, die die **Stadt** dazu tun muss, gut angelegtes Geld sind. Denn durch diesen gewaltigen Investitionsaufwand verfügt die Stadt jetzt über Flächen, die eine gute zukünftige Entwicklung ermöglichen.